

Gemeinderat Max Zirngast

Donnerstag, 25. April 2024

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs

Wir alle spüren die massive Teuerung, vor allem seit 2022, im Alltag enorm. Auch wenn die Spitzen der Inflation der Jahre 2022 und 2023 im Moment nicht erreicht werden und die Inflationsrate sinkt, so wird das Leben dennoch nicht billiger. Eine geringere Inflationsrate bedeutet ja schließlich nur, dass die Preise weniger stark steigen.

Bemerkenswert ist, dass laut Statistik Austria die Preise in Österreich im Jahresvergleich im März um 4,1 Prozent angestiegen sind. Damit liegt Österreich in Punkto Inflation noch immer im europäischen Spitzenfeld. Nur in Rumänien und Kroatien ist die Inflationsrate noch höher, während die durchschnittliche Teuerung in der EU bei 2,4 Prozent liegt. Besonders bitter ist, dass die wichtigen Bereiche Wohnen und Energie sich für die Bevölkerung um weitere 4,2 Prozent verteuert haben. Für Nahrungsmittel zahlt man um 3,4 Prozent mehr.

Die Ursache der massiven Teuerung seit 2022 ist nicht die sogenannte Lohn-Preis-Spirale, denn Lohnerhöhungen folgen nur den gestiegenen Preisen. Die Ursachen waren Unterbrechungen in den globalen Lieferketten durch Pandemie und später den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Möglichkeit von Konzernen mit monopolistischer Macht Preise zu erhöhen, um die Profitraten zu steigern. (https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene-Inflation.pdf)

Der diesjährige Oxfam-Bericht (<https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf>) zeigt nicht nur eine enorme Ungleichheit bei Vermögen auf, er arbeitet vor allem auch die Monopolisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte heraus.

So kontrollierten zum Beispiel 1997 zehn Konzerne 40 Prozent des weltweiten Marktes an Saatgut - heute kontrollieren zwei Konzerne 40 Prozent desselben Marktes. In den letzten zwei Jahrzehnten sind 60 große Pharmakonzerne zu nur mehr zehn fusioniert, die den weltweiten Markt kontrollieren, 90 Prozent der Onlinesuchen passieren über Google.

Mit der Monopolisierung und der Internationalisierung der Produktion verschiebt sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital stark in Richtung Kapital. Es gibt einen enormen Druck auf die Arbeit, die in eine Abwärtsspirale gezogen wird. Die Reallohnentwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt das sehr deutlich (z.B.: https://ooe.arbeiterkammer.at/service/broschuerenundratgeber/steuerundeinkommen/B2018_Einkommensverteilung_Fakten_PK.pdf)

Denn trotz massiv gestiegener Produktivität (38 Prozent/Arbeitsstunde von 1997 bis 2022) sind die Löhne in Österreich deutlich geringer gestiegen (die von Unternehmen bezahlten Arbeitskosten sind im selben Zeitraum nur 20,6 Prozent gestiegen). Von der gestiegenen Produktivität profitieren also die Unternehmen. (https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene-Inflation.pdf, S.4)

Nur so erklärt sich auch, dass die Superreichen in den letzten Jahren der Polykrise noch reicher wurden und die Ungleichheit bei Vermögen massiv gewachsen ist.

Der Oxfam-Bericht fasst die wesentlichen Ergebnisse in dieser Hinsicht so zusammen:

- *Die fünf reichsten Männer der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 von 405 Milliarden US-Dollar auf 869 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt.*
- *Alle Milliardär:innen zusammen sind heute um 3,3 Billionen US-Dollar (34 Prozent) reicher als 2020. Ihr Vermögen wuchs damit dreimal so schnell wie die Inflationsrate.*
- *Fast fünf (4,77) Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent der Menschheit, haben seit 2020 zusammen 20 Milliarden US-Dollar Vermögen verloren.*
- *Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen ist seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel (73,85 Prozent) gewachsen, von etwa 89 auf etwa 155 Milliarden US-Dollar. (<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024>)*

Diese gesamte Entwicklung lässt also nur den Schluss zu, dass es höchste Zeit ist, dieser Tendenz entgegenzusteuern. Selbstverständlich braucht es dafür eine grundlegende Veränderung der Art und Weise wie in unserer Gesellschaft produziert wird. Wesentliche Bereiche der Grundversorgung (Energie, Nahrungsmittel, Wohnen) sind der gesellschaftlichen Kontrolle zum größten Teil entzogen. Nur wenn wir als Gesellschaft darüber entscheiden können wie und in wessen Interesse wir Wirtschaft gestalten wollen, kann den aktuellen Krisentendenzen (inklusive der ökologischen Krise) aktiv entgegengewirkt werden. Preisregulierungen und aktive Besteuerung von Vermögen und Übergewinnen – insbesondere Gewinnabschöpfungen bei den Profiteuren der Teuerungskrise wie z.B. Energiekonzernen – wären ein erster Schritt.

Wirtschaftsminister Kocher könnte amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs einsetzen um zur Entlastung der Bevölkerung beizutragen und zu verhindern, dass monopolistische oder oligopolistische Konzernstrukturen Profite auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung machen. Das war im Übrigen in Österreich vor wenigen

Jahrzehnten auch noch ein übliches Mittel, in vielen europäischen Ländern wird es noch heute eingesetzt. Im Sinne des Motiventextes fordern wir genau das auch ein.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Bundesminister Martin Kocher wird aufgefordert Steuerungsinstrumente zu nutzen und mit amtlichen Preisregulierungen wesentliche Güter des täglichen Bedarfs zu regulieren und somit das Leben für die große Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen, wieder leistbar zu machen.